

SÜDKURIER

ÖLPEST

Keine Entwarnung



Die Ölpest im Golf von Mexiko wird Langzeitfolgen haben. Nicht nur für den Präsidenten, sondern für alle Amerikaner.

VON FRIEDEMANN DIEDERICH, USA

Sie alle haben sich geirrt. Oder – was noch schlimmer wäre – die Öffentlichkeit getäuscht: Die Experten des Weltkonzerns BP, die Fachleute der US-Regierung und jene Politiker, die die Angaben dieser „Wissenschaftler“ dann zunächst für bare Münze nahmen und die Katastrophe damit schönredeten. Doch jetzt, gut drei Monate nach der Explosion der „Deepwater Horizon“ im Golf von Mexiko, liegt die Wahrheit auf dem Tisch. Und sie sieht nicht schön aus: Die Menge des ausströmten Öls ist weitaus höher als bisher berechnet – und hebt das Desaster in den Rang des weltweit schlimmsten Öl-Unfalls.

Warum lag man bisher so falsch? Wer die Bemühungen von BP verfolgt hat, unabhängigen Spezialisten den Zugang für Messungen an der Unglücksstelle zu verwehren und vielerorts im Katastrophengebiet eine objektive Berichterstattung zu verhindern, erkennt schnell, dass hinter der Verdunkelung auch Methode stecken kann. Das Unternehmen hat kein Interesse daran, dass das Ausmaß des Schadens bekannt wird. Denn am Ende wird sich die finanzielle Verantwortung des Konzerns nach dem Umfang des verursachten – und gemessenen – Schadens richten.

Dass bisher lediglich ein Fünftel des „schwarzen Gifts“ aufgefangen und beseitigt werden konnte, lässt zugleich ahnen, welche ökologischen Langzeitfolgen hier die Anlieger erwarten. Selbst wenn es BP gelingen sollte, mit den derzeit laufenden „Kill“-Operationen das Bohrloch für immer mit Beton und Schlamm zu versiegeln, bedeutet dies noch keine Entwarnung.

Das Öl mag zwar nicht mehr überall sichtbar sein, doch die Lehren aus dem

Exxon-Valdez-Unglück in Alaska sind ernüchternd: Über zwei Jahrzehnte nach der Havarie finden sich immer noch deutliche Spuren der Tragödie in der Region. US-Präsident Barack Obama, der in den ersten Wochen der Havarie eine denkbar schlechte Figur abgegeben hat und die Katastrophe erst spät zur Chefsache machte, wird nicht nur seine heimische Energiepolitik neu ausrichten. Vor allem muss er sein noch im Frühjahr geäußertes Vertrauen in die Sicherheit küstennaher Ölförderung überprüfen. Der Unfall im Golf von Mexiko hat eben auch gezeigt, dass die küstennahen Fundstellen ein erhöhtes Risiko bergen.

Dabei steht ihm ein heikler Balanceakt bevor, denn die heftigen Reaktionen auf den Versuch eines Bohr-Moratoriums zeigen den Bedarf, Umweltbelange und die Folgen für zehntausende Jobs in dieser Branche vorsichtig auszubalancieren. Und ein vollständiger Ausstieg aus den Tiefsee-Bohrungen scheint für eine Nation, die mehrheitlich weiter eine Vorliebe für spritfressende große Geländewagen und eine Abneigung gegen „grüne“ Technologien pflegt, politisch kaum möglich.

Das ganze Land trägt daran

Die Wähler dürften US-Präsident Obama aber auch daran messen, ob seine bisher gemachten Zusagen und Versprechungen Bestand haben. Und ob eine ehrliche politische und strafrechtliche Aufarbeitung der Katastrophe im Golf von Mexiko überhaupt stattfindet. Nicht alle Beteiligten haben überhaupt ein Interesse an der schonungslosen Aufklärung. Der Grad an menschlichem Versagen ist noch nicht geklärt.

Eines lässt sich jetzt schon anhand der bisher bekannten Fakten bereits klar ablesen: Die Ölpest wurde vor allem von rücksichtsloser Profitgier im Vorfeld der so folgenreichen Plattform-Explosion begünstigt – sowie vom endlosen Energiedurst der Amerikaner. Das ist eine schwere Hypothek, für Obama und das ganze Land.

politik@suedkurier.de

ZUM TAG

NACHGEZÄHLT

Im Südwesten bezieht jeder Fünfte Elterngeld

In Baden-Württemberg haben weniger Männer das Elterngeld bezogen als im Bundesschnitt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, haben bei den im Jahr 2008 geborenen Kindern 20,2 Prozent der Väter im Südwesten eine „Babyzeit“ mit Elterngeld beansprucht, das sind 0,6 Prozent weniger als im bundesweiten Durchschnitt. Vorreiter war in Baden-Württemberg die Stadt Freiburg. Dort haben 28,4 Prozent der Väter das Elterngeld in Anspruch genommen. Die wenigsten Bezieher wurden mit 11,3 Prozent in Pforzheim gezählt. Der Lohnersatz wird seit 2007 nach der Geburt eines Kindes bis zu 14 Monate an Eltern gezahlt, die ihre Berufstätigkeit unterbrechen.

ZUM WEITERSAGEN

US-Langfinger stehen auf Geländewagen

Der aus Hollywood-Filmen bekannte Cadillac Escalade ist der Liebling der US-Autodiebe. Mehr als jeder Zehnte der Geländewagen-Kolosse wird gestohlen oder mindestens aufgebrochen, wie aus einer neuen Diebstahl-Studie hervorgeht. Neben Navigationsgeräten ist vor allem die Leder- und Ausstattung des Luxusvehikels beliebt, weil sie sich recht leicht in die billigeren Geländewagen der Schwestermarke Chevrolet einbauen lässt. Vergleichsweise sicher leben dagegen die Besitzer von Familienkutschen oder spritsparenden Autos. (dpa)

ECHT WAHR

War alles nur ein schönes Märchen?

Eine als älteste Frau Tokios geltende 113-Jährige ist in Wahrheit seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen worden. Sie habe ihre Mutter Fusa Furuya seit „rund 50 Jahren“ nicht getroffen, sagte die Tochter. Aus den Unterlagen der Behörden ging hingegen hervor, dass die 79-Jährige mit ihrer Mutter im Stadtviertel Suginami wohnte.

ONLINE HEUTE

VIDEO

Leser singen ihr Sommerlied

SÜDKURIER.TV hat sich auf der Straße nach den schönsten und nervigsten Sommerliedern des Jahres umgehört. [www.suedkurier.de/videos](http://www.suedkurier.de/videos)

VIDEO

Konjunktur im Land zieht an

Das Statistische Landesamt hat seine Konjunkturprognose für 2010 nach oben geschraubt und rechnet mit einem Wachstum von zwei Prozent. [www.suedkurier.de/swr](http://www.suedkurier.de/swr)

IHRE MEINUNG

Abstimmung vom 3. August 2010 Ist bei der Bildung von Migranten vor allem der Staat in der Pflicht?

15% - Ja, es ist Aufgabe des Staates, Migranten die Integration zu ermöglichen.  
85% - Nein, es ist vor allem die Aufgabe der Migranten selbst, sich zu integrieren.

Frage heute: Sollen die Auto-Konzerne die Abwrackprämie an den Staat zurückzahlen? Seite 6 [www.suedkurier.de/umfrage](http://www.suedkurier.de/umfrage)

Vater sein

Das Urteil

Karlsruhe kritisierte, der Gesetzgeber habe bei der Neufassung des Kind-schaftsrechts im Juli 1998 unverhältnismäßig in das Elternrecht der Väter eingegriffen. Damals wurde die Sorgerechtsübertragung ausgeschlossen, wenn die Mutter die Zustimmung verweigerte. Der Bundestag hatte in den letzten Wochen der Regierungszeit von Helmut Kohl (CDU) die jetzt gekippte Neuregelung beschlossen. Die Karlsruher Richter nahmen auch Bezug auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Im konkreten Fall ist der Beschwerdeführer Vater eines 1998 nichtehelich geborenen Sohnes. Die Eltern trennten sich während der Schwangerschaft. Der Sohn lebt bei der Mutter, hat aber regelmäßig Umgang mit dem Vater. Dieser erkannte seine Vaterschaft an, die Mutter stemmte sich aber gegen ein gemeinsames Sorgerecht. Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts verwies den Fall zur erneuten Entscheidung an das Familiengericht zurück. (KNA)

- Unverheiratete können Sorgerecht einklagen
- Verein „Väteraufbruch“ rechnet mit Klagewelle
- Geplante Reform ist in der Regierung umstritten

VON JÜRGEN ÖDER, AFP

Der ledige Gymnasiallehrer Helge Messner nennt sich selbst einen „stolzsten Vater“. Doch richtig um seinen fünfjährigen Sohn kümmern durfte er sich bisher nicht. „Ein vollwertiger Vater zu sein, wurde mir verwehrt“, sagt der 38-jährige, dem die Mutter des Jungen die Teilung des Sorgerechts verweigert. Doch seit gestern können Messner und zehntausende weitere Väter hoffen: Das Bundesverfassungsgericht hat die bisherigen Regelungen, die ledigen Müttern grundsätzlich das alleinige Sorgerecht zusprachen, gekippt. „Auf die Familiengerichte wird nun eine riesige Antragswelle zurollen“, sagt Rüdiger Meyer-Spelbrink vom Verein „Väteraufbruch für Kinder“ voraus.

„Das Urteil macht mich richtig froh“, sagt Messner. Bislang fühlt er sich als bloßer Zahlvater, der zwar ein Recht auf Umgang mit seinem Kind hat und es regelmäßig sehen darf. Mehr aber jedoch nicht: Denn Väter durften ohne Zustimmung der Mütter bislang nicht mitentscheiden, ob und in welchen Kindergarten ihr Kind geht, ob es ein Gymnasium besuchen oder eine Lehre machen soll, oder ob Mütter mit ihren Kindern weit wegziehen dürfen.

Doch nun können unzählige ledige Väter bei Gericht ein anteiliges Sorgerecht beantragen. Und wenn dies dem Kindeswohl entspricht, haben sie auch einen Anspruch darauf. Die Karlsruher Richter setzten mit dieser Entscheidung eine Vorgabe des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom vergangenen Dezember 2009 um. Als Maßstab für die Prüfung der Väteranträge definierten die Verfassungshüter ausdrücklich das Wohl des Kindes – und nicht die nach ihrer Ansicht oft überwiegenden Eigeninteressen der Mütter.

Der Karlsruher Beschluss kommt auch für Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) zur richtigen Zeit, um bei der geplanten Reform des Sorgerechts Widerstände aus dem konservativen Lager auszuräumen. Die Ministerin will nun „ein modernes Sorgerecht“ auf den Weg bringen, „das die gesellschaftlichen Realitäten widerspiegelt“.

Dabei kann sie sich auf die Karlsruher Entscheidung stützen. Dort heißt es, dass mittlerweile jedes dritte Kind in Deutschland unehelich geboren wird und nur bei der Hälfte dieser Kinder ein gemeinsames Sorgerecht besteht. Dagegen seien in 18 EU-Staaten von Estland bis Spanien ledige Eltern verheirateten beim Sorgerecht weitgehend oder vollständig gleichgestellt.

Leutheusser-Schnarrenberger will nun den Weg der Mehrheit in der EU gehen. „Ich will eine Reform, die den betroffenen Vätern Wege aufzeigt, wie sie

auch ohne vorherige gerichtliche Entscheidung ihr Sorgerecht ausüben können“, erklärte sie. Die Ministerin sympathisiert mit einem FDP-Vorschlag, wonach zunächst beiden Eltern grundsätzlich ein gemeinsames Sorgerecht zusteht. Mütter könnten aber bei Gericht dann Widerspruch einlegen, wenn Väter dazu ungeeignet sind.

Für die schwarz-gelbe Koalition birgt das Urteil durchaus Konfliktstoff. So will vor allem die CSU verhindern, dass Vätern automatisch ein Sorgerecht zufällt. CSU-Familienexpertin Dorothee Bär zeigte sich besorgt, dass „als einziger

„Ich will nun ein modernes Sorgerecht, das die gesellschaftlichen Realitäten widerspiegelt.“

Sabine Leutheusser Schnarrenberger, FDP-Bundesjustizministerin

ger Vorteil der Ehe – neben dem immateriellen Wert – am Ende nur noch der steuerliche übrig bleibt“. Darüber gebe es bei vielen, etwa bei den katholischen Verbänden „großen Frust“.

Edith Schwarz vom Verband alleinerziehender Mütter und Väter, dem früheren „Verband lediger Mütter“, ist deshalb alarmiert. Ein automatisches gemeinsames Sorgerecht würde ledigen Müttern nur „den Schwarzen Peter“ zuschieben, wenn sie sich gegen Rabenväter wehren müssen, warnt sie: „Viele Väter sind nicht kompatibel, und das soll so auch bleiben.“ Schwarz plädiert deshalb für eine Antragslösung, bei der Gerichte prüfen, ob Väter „Verantwortung für ihre Kinder übernehmen und Empathie für sie zeigen“. Für Messner ist das kein Thema. Er wird das gemeinsame Sorgerecht beantragen: „Ich werde ein vollwertiger Vater“, freut er sich.

Ich find das echt nicht in Ordnung, dass du als Hartz IVler beinahe genauso viel bekommst wie ich mit meinem Fulltime-Job!



Der Streit um Hartz IV geht weiter. STUTTMANN

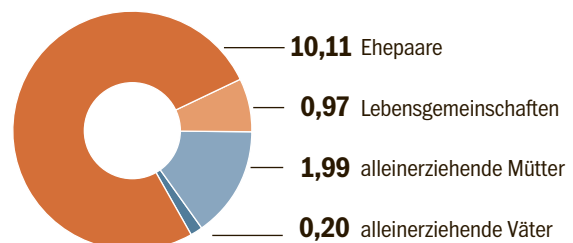
SÜDKURIER

**Chefredakteur:** Dr. André Uzulis  
**Stellvertretender Chefredakteur:** Stefan Lutz  
**Politik und Hintergrund:** Dieter Löffler (Leitung), Karina Christen (Stellv.); **Wirtschaft:** Peter Ludäscher; **Kultur:** Wolfgang Bager; **Sport:** Ralf Mittmann  
**Chef vom Dienst:** Günter Ackermann  
**Leiter der Heimatredaktion:** Stefan Lutz  
**Verlag und Herausgeber:** SÜDKURIER GmbH, Konstanz  
**Geschäftsführer:** Rainer Wiesner  
**Verlagsleitung:** Michel Bieler-Loop  
**Anzeigen:** Andreas Gruczek  
**Vertrieb:** Erwin Dohm-Acker  
 SÜDKURIER GmbH, Medienhaus  
 Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz  
 Postfach 102 001, 78420 Konstanz  
 Telefon 0 75 31/999-0, Telefax 0 75 31/ 999-1485  
**Abo-Service und Kleinanzeigen:**  
 Kostenlose Servicenummer 0800/880 8000

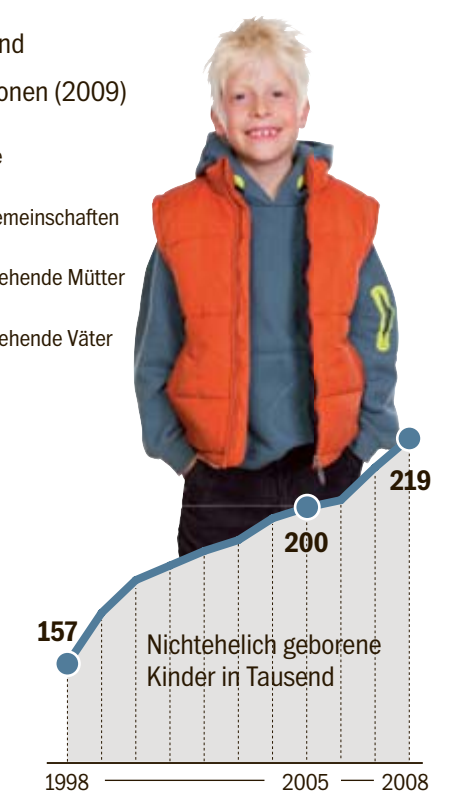
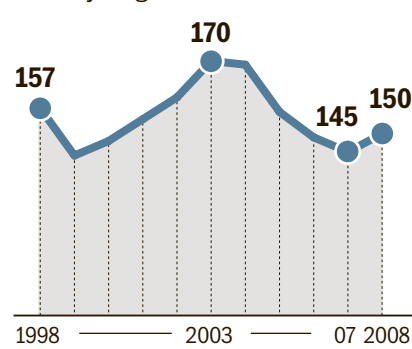
**Internet:** <http://www.suedkurier.de>  
<http://www.suedkurier-medienhaus.de>  
**E-Mail-Adressen:**  
 redaktion@suedkurier.de  
 leserbriefe@suedkurier.de  
 service@suedkurier.de  
 anzeigen@suedkurier.de  
 kleinanzeigen@suedkurier.de  
 Commerzbank Konstanz  
 Konto-Nr. 270181100; BLZ 690 400 45  
**Druck:** Druckerei Konstanz GmbH  
 78467 Konstanz, Max-Stromeyer-Straße 180  
 Zurzeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 79 vom 01. 03. 2010 mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzeigen und Beilagen und den Zusätzlichen Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlages gültig. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Verlagsgeschäfte ist Konstanz, soweit nicht zwingend gesetzlich anderes vorgeschrieben.

Kinder in der Familie in Deutschland

Nach Familientyp unter 18 Jahren in Millionen (2009)



Von Ehescheidungen betroffene minderjährige Kinder in Tausend



QUELLE: DESTATIS / GRAFIK: AFP, SK